

# Der Grundstein.

## Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.

Publikationsorgan der Agitationskommission der Maurer Deutschlands.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Einzelgen kosten die dreispaltige Beilage oder deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2609.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Große Theaterstraße Nr. 44, erste Etage.

**Inhalt:** An die Partei der „politischen Humanität“. Der Streit um das Koalitionsrecht der Arbeiter. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Ein großartiger wirtschaftlicher „Aufschwung“. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Zur Frage der Streikregulierung. Die Organisation der Arbeiter der Baugewerke in England und ihre Thätigkeit. — Situationsberichte. — Eingekandt. — Briefkasten.

### An die Maurer Deutschlands.

Da trotz Abtrahens in verschiedenen Orten Arbeitseinstellungen unternommen werden, so macht die unterzeichnete Kommission die Kollegen allerorts auf den vorjährigen Kongressbeschluss aufmerksam, nach welchem sämtliche zu Streikunterstützungen bestimmten Mittel an die Agitations-Kommission abzuliefern sind. Wir fordern hiermit die Kollegen auf das Dringendste zur Nachachtung dieser Beschlüsse auf, damit dem Unwesen des Verschickens von Sammellisten seitens der streikenden Kollegen ein Ende gemacht wird.

Mit kollegialischem Gruß

Die Agitations-Kommission der Maurer Deutschlands.

A. Dammann.

Hamburg, im März 1889.

### An die Partei der „politischen Humanität“.

Eine Partei der „politischen Humanität“ nennt sich stolz der Liberalismus. Er rühmt sich u. A. auch, den Arbeitern Deutschlands die gesetzliche Anerkennung ihres Koalitionsrechtes verschafft zu haben. Und in der That, hervorragende Vertreter des Liberalismus waren es, die im Jahre 1867 im vormaligen Norddeutschen Reichstage mit größter Entschiedenheit für diese Anerkennung eingetreten sind und dieselbe durchgesetzt haben. — so Dr. Walbeck, Schulze-Delitsch, Dr. Löwe, Dr. Becker u. A. Diese Männer proklamirten in der denkwürdigen Reichstags-Sitzung am 19. Oktober 1867 die Koalitionsfreiheit als das „höchste und heiligste Recht des Menschen“, und die Koalitionsverbote und Beschränkungen, als dem „Standpunkte der Sklaverei“ entsprechend, als einen „groben Mißbrauch des Stärkeren“.

Und vom Regierungstische aus gab der Präsident des Bundeskanzleramts, Delbrück, die Erklärung ab: daß nach seiner Ueberzeugung die Zeit der Koalitionsbeschränkungen vorüber sei!

Das Eintreten des Liberalismus für das Koalitionsrecht war durchaus eine Konsequenz seiner eigenen Grundsätze, seiner Lehren von der wirtschaftlichen Freiheit, von der Ungebundenheit des Wettbewerbs in den wirtschaftlich-sozialen Daseins- und Interessenkämpfen. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter ist ein notwendiges Korrelat der Freiheit, deren sich das Kapital erfreut, — ein Korrelat der den Arbeitern eingeräumten politischen Freiheit und Gleichberechtigung. Durchaus zutreffend erklärte kürzlich die Berliner „Volkszeitung“ zur Rechtfertigung ihrer Vertheidigung des Koalitionsrechtes der Arbeiter:

„Was wir für die Arbeiter verlangen, ist nicht mehr, als was noch vor einem halben Menschenalter die national-liberalen Lehrer der Staatswissenschaft in gelehrten Werken und feierlichen Kongressen als das denkbar geringste

Maß von sozialen Reformen verlangten und was besonders „geniale“ Denker, wie Herr Adolf Wagner, damals als noch viel zu maßvolle Forderungen bezeichneten!“

Nun wohl, Liberalismus, so höre: dein eigenes Kind, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, wird seit Jahr und Tag mißhandelt; es ist in Gefahr, von reaktionären Fanatikern erdrückt zu werden!

Der Liberalismus weiß das so gut, wie wir es wissen; er vernimmt seit Jahren die lauten Klagen der Arbeiter über Beschränkung und Unterdrückung ihres Koalitionsrechtes, — aber die Partei der „politischen Humanität“ rührt sich nicht zur Vertheidigung dieses Rechtes. Nur ganz vereinzelt haben liberale Zeitungen den Muth und die Ehrlichkeit zu solcher Vertheidigung.

Wir fragen die Partei der „politischen Humanität“: ob sie ihrer Pflicht der gesetzlichen Sicherstellung des Koalitionsrechtes, der Arbeiter genügen will oder nicht? Genügt sie dieser Pflicht nicht, so ist damit bewiesen, daß der Liberalismus bereit ist, die politische Humanität und Gerechtigkeit, seine eigenen in der modernen Rechts- und Wirtschaftsordnung verkörperten Prinzipien der politischen Spekulation aufzuopfern.

Damit aber würde der Liberalismus sich zur fürchtbarsten Satire auf die grundlegenden Ideen des Liberalismus ausgestalten! Wir ermahnen ihn an die Worte, die Herkules in seinen Ausführungen über „die Gefahr der sozialen Entwicklung“ ihm zuruft:

„Der moderne Liberalismus mit seinem Gegensatz politischer Gleichheit und wirtschaftlicher Ungleichheit enthält also einen inneren Widerspruch, der auf die Dauer unmöglich bestehen kann. Deshalb aber ist es nicht minder falsch, ihn zu verwerfen oder ihm die Schuld an der bestehenden wirtschaftlichen Ungleichheit in die Schuhe zu schieben. Das große Verdienst des Liberalismus ist es, die Notwendigkeit der Gleichberechtigung zur Geltung gebracht zu haben; daß er sie nicht verwirklichte, ist nicht seine Schuld, ja es soll gesagt werden, daß er den historisch einzig möglichen Weg einschlug, der in seinem weiteren Verlaufe zur vollen Gleichberechtigung führen muß. Die politische Emanzipation war bloß der erste Schritt, auf der allein aber die Voraussetzungen schuf, auf die gestützt die ferneren vollbracht werden müssen. Jenes Geschlecht, welches die Revolutionen des vorigen Jahrhunderts vorantrieb, mußte zur Freiheit erzogen werden, und es ist im Wesen der Sache begründet, daß die politische Erziehung früher vollendet war, als die wirtschaftliche.“

„Es ist also richtig, daß der Liberalismus noch nicht erfüllt hat, was er versprochen, daß er der Menschheit die volle Freiheit und Gleichberechtigung noch nicht zu geben vermochte; ebenso richtig ist, daß jene dem menschlichen Fortschritte einen schlechten Dienst erwiesen, welche die bisherige Unfruchtbarkeit dieses Prinzips auf wirtschaftlichem Gebiete verkennend, die menschliche Entwicklungsgeographie mit der heutigen Gesellschaftsordnung gleichsam für abgeschlossen halten. Trotzdem ist der Liberalismus nicht, wie seine Gegner von rechts und links behaupten, der kolossalste Irrthum, den die Menschheit jemals begangen, sondern die gewaltigste That, von deren Früchten noch kommende Jahrhunderte zehren werden. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Gerechtigkeit aus der politischen Freiheit wird den Einklang zwischen Prinzipien und Thatfachen wieder herstellen, der Menschheit

an Stelle der verloren gegangenen neue Ideale geben.“

Allerdings, der Liberalismus ist kein kolossaler Irrthum, aber unsere Liberalen sind die Verkörperung des kolossalsten Irrthums, wenn sie glauben, ruhig mit zusehen zu dürfen, wie das Koalitionsrecht der Arbeiter bedrängt und geschnitten wird. — jenes Recht, welches für die Entwicklung zur wirtschaftlichen Gerechtigkeit unerlässlich ist, welches den historisch einzig möglichen Weg dieser Entwicklung und das einzige Mittel zur wirtschaftlichen Erhebung des Arbeiterstandes bildet.

Will die Partei der „politischen Humanität“ erfüllen, was sie versprochen, und ihrer Verantwortlichkeit vor der Weltgeschichte genügen oder nicht? Wenn nicht, so wird die Weltgeschichte ihr das Urtheil sprechen und die Partei der „politischen Humanität“ wird nicht durch ehrenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben, sondern durch Verrat an den eigenen Prinzipien enden.

In nächster Zeit werden die Vertreter des Liberalismus im Reichstage, anlässlich der Behandlung der Frage der gesetzlichen Sicherstellung des Koalitionsrechtes, Gelegenheit haben, zu zeigen, wie es mit ihrer „politischen Humanität“ und „sozialen Gerechtigkeit“ bestellt ist.

### Der Streit um das Koalitionsrecht der Arbeiter

gewinnt immer mehr an Umfang. Während die unabhängige Presse entschieden für die Wahrung dieses Rechtes eintritt und den Arbeitern die volle gesetzliche Freiheit im Lohnkampf gesichert wissen will, fährt die Presse reaktionärer Richtung im Tone steigender Erbitterung fort, ihre sogenannten „Gründe“ für das Gegentheil geltend zu machen und die Beschränkung des Koalitionsrechtes zu fordern, von welchem sie zum Hohn auf die Wahrheit behauptet, daß es dem „Mißbrauch für sozialdemokratische Zwecke“ diene.

Wir haben die diesbezüglichen Aeußerungen der offiziellen, Norddeutschen Allgemeinen Zeitung mitgetheilt. Den Stöcker'schen „Reichsboten“ — ein sogenanntes „christlich-soziales“ Organ — scheinen die Ausführungen des offiziellen Blattes noch viel zu mild zu sein. Mit der lapidaren Kraftsprache, der Streit ist nichts weiter als eine kleine soziale Revolution“ (die lebhaft erinnert an die Puttkamer'sche Phrase, daß hinter jeder Arbeitseinstellung die „Hydra der Revolution“ lauert), beginnt der fromme „Reichsbote“ seine jämmerliche Deje.

Noch einen Grad höher schraubt die nicht minder fromme „Kreuzzeitung“ ihren Ton: Sie erinnert einfach mit brutaler Offenheit an den Puttkamer'schen Streikerlaß vom 11. April 1886 und giebt der Polizei den Wink, sich bereit zu halten, da die Verfügung ihres Wissens noch nicht aufgehoben sei.

Den Gipfel aller „Ordnungsliebe“ und alles „Rechtsbewußtseins“ erklimmt aber Herr Schwetznburg in den „Berliner politischen Nachrichten“. Er muß ja für so viele Blätter in der Provinz sorgen und deshalb am liebsten auftragen: nach ihm bilden den Kulminationspunkt einer Bewegung, die 1872 ebenfalls in Berlin mit Massendemonstrationen angebrochen habe, die — Attentate.

Diese Denunziation ist von geradezu „meisterhafter“ Unerschämtheit und Brutalität! Ihr gegenüber macht die „Frankfurter Zeitung“ darauf aufmerksam, daß es Streiks gegeben hat, lange

ehe man von einer sozialistischen Arbeiterbewegung etwas wußte; dieselben haben mit einer Revolution so wenig gemein, daß sie die bestehenden Wirtschafts- und Machtverhältnisse, Privatunternehmungen und Lohnarbeit, vielmehr notwendig voraussetzen. Dasselbe Blatt erklärt weiter: Die Gewerbetätigkeit in Deutschland zeigt jetzt in der That einen gewissen Aufschwung. Was ist natürlicher und geschehlicher, als daß sich die Arbeiter rüsten, durch eine Lohnbewegung ihren in den letzten Jahren vielfach gesunkenen Verdienst im Verhältnis zur Verbesserung der allgemeinen Industrielage zu erhöhen? Es handelt sich in der That vielfach nur um eine Wiedererlangung schon früher erreichter Löhne. Ein wahres Reporelleregister drohender Neuerungen seitens derjenigen Organe, welche in sehr enger Fühlung mit maßgebenden Kreisen stehen, ist die Antwort von oben her. Besteht demnach der § 152 der Gewerbeordnung zu Recht, oder gilt er nicht mehr, wie manche andere Bestimmungen (im Strafprozeß- und Strafgesetzbuch, die in der letzten Zeit so viel erörtert worden sind? —

Auch die „Vossische Zeitung“, ein national-liberales Organ, nimmt Stellung gegen die Geze der genannten Blätter. Sie knüpft an die vielfach geäußerten Zweifel an: ob der Puttkamer'sche Streikerlaß nach zu Recht bestreht. „Diese Zweifel“, sagt sie — „sind allerdings grundlos, denn auf eine bestimmte Zeitfrist war die Gültigkeit jenes Erlasses nicht beschränkt worden, und eine Verfügung, die ihn außer Kraft setzt, ist ebensovienig bis dahin ergangen.“ — Gegenüber dem Bemühen, die Polizei an die Handhabung des Puttkamer'schen Erlasses zu mahnen, läßt sie sich vernehmen wie folgt:

„Es erübrigt dem gegenüber vielleicht nur der Hinweis, daß auch der § 152 der Gewerbeordnung sich jetzt noch nicht aufgehoben worden ist, der den Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt und, wie folgt, lautet: „Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter werden aufgehoben. Jedem Teilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei, und es findet aus letzteren weder Klage noch Einrede statt.“ Selbstverständlich hat auch der Puttkamer'sche Streikerlaß dies gesetzliche Koalitionsrecht der Arbeiter als zu Recht bestehend anerkannt, zugleich aber durch die Anweisungen zu seiner Ausführung der Polizei die Mittel in die Hand gegeben, das Recht thatsächlich illusorisch zu machen und es seines wirtschaftlichen, wie politischen Inhalts zu berauben.

„Nach dem Erlasse verfallen alle Arbeitseinstellungen, „von denen anzunehmen ist“, daß sie durch die sozialdemokratische Agitation angezettelt sind, „oder auch nur in ihrem weiteren Fortgang der Zeitung derselben verfallen“, der „sorgfältigsten Ueberwachung von Seiten der Organe der Staatsgewalt.“ Sobald diese Tendenz bei einer Arbeitseinstellung zu Tage tritt — und bei welcher sollte sie für ein geübtes polizeiliches Auge nicht zu Tage treten können? — soll sofort nach Maßgabe des Sozialistengesetzes gegen die Presse, Vereine und Versammlungen eingeschritten werden. Damit ist es in die Hand der Polizei gelegt, allen wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lage das Licht auszublenden, sobald sie der Meinung ist, daß diese Bestrebungen nicht wirtschaftlicher, sondern im Grunde politischer Natur sind, oder doch „in ihrem weiteren Fortgange“ politisch werden können. Wie diese Maßbesugnis wirkt, hat das Verbot der meisten hiesigen Arbeiter-Fachvereine gezeigt und zeigt fast allwöchentlich das Verbot von Versammlungen, in denen Lohnfragen und andere wirtschaftliche Interessen der Arbeiter besprochen werden sollen.

Welchen Inhalt hat also der § 152 der Gewerbeordnung unter den heutigen Verhältnissen thatsächlich noch? Da die Führer in einer Streikbewegung fast immer Leute sein werden, die auch politisch in der Arbeiterbewegung tätig sind, so haben sie nach dem Puttkamer'schen Erlaß von vornherein darauf zu rechnen, falls die Bewegung im Gebiet des kleinen Belagerungszustandes entsteht, der — Ausweisung zu verfallen.

„Unter diesen Verhältnissen neben dem Streikerlaß von 1886 noch von „Koalitionsfreiheit“ der Arbeiter zu sprechen, und dabei zwischen wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen zu unterscheiden, verhält ein hohes Maß von Einbildungskraft oder von — Geheule. Was von dem Schutze der Gewerbeordnung zu Gunsten der Arbeiter noch übrig ist, besteht lediglich durch polizeiliche Nachsicht, die jeberzeit ihr Ende finden kann. Daran würde auch nichts geändert sein, wenn die Ausführung des Streikerlasses unter dem jetzigen Minister des Innern etwa eine andere sein sollte, als unter seinem Vorgänger. Das Sozialistengesetz hat allmählig den Boden auch für die berechtigtesten und gesetzlich geschützten Bestrebungen der Arbeiter dermaßen unterwühlt, daß kein selbstständiger Schritt derselben ohne die Gefahr, in die Hände der Polizei zu fallen, mehr möglich ist.“

Diese Ausführungen der „Vossischen Zeitung“ entsprechen ganz genau den Ansichten, die wir schon so oft entwickelt haben.

**Wirtschaftlich-soziale Rundschau.**

\* Einen Antrag auf Erhöhung der Löhne hat der Stadtverordnete Herr Singer bei dem Staatsausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung gestellt. Derselbe lautet: Der Staatsausschuß wolle beschließen, der Versammlung zu empfehlen: 1. Die Löhne der bei den Kanalisationsarbeiten beschäftigten Heizer und Kanalarbeiter nicht, wie der Magistrat beantragt, von M. 3 auf M. 3.20 pro Tag, sondern auf M. 3.50 pro Tag zu erhöhen. 2. Den Lohn der von den städtischen Gasanstalten beschäftigten Laternenanzünder von M. 57 auf M. 75 pro Monat, wie ihn die Anzähler der städtischen Petroleumlampen beziehen, zu erhöhen. 3. Den Lohn der bei der städtischen Straßenreinigung und Befräschung beschäftigten fähigen Hilfsarbeiter, soweit dieselben einen niedrigeren Lohn als erhalten, auf M. 3 pro Tag zu erhöhen. 4. Den Lohn der bei der städtischen Straßenreinigung und Befräschung beschäftigten jugendlichen Arbeiter von M. 1.50 auf M. 2. pro Tag zu erhöhen. 5. Den Lohn der bei der städtischen Park- und Gartenverwaltung beschäftigten Arbeiter, soweit dieselben einen niedrigeren Lohn erhalten, auf M. 3 pro Tag zu erhöhen und die hierzu erforderlichen Mittel zur Einstellung in die betreffenden Stabspositionen zu bewilligen.

\* Zur Arbeiterbewegung in Frankreich. Die französische Regierung hat den Arbeitern, welche sofortige soziale Reformen verlangen, einen ablehnenden Bescheid gegeben. Infolgedessen wurden in Paris für Sonntag, den 29. Februar, Kundgebungen der Arbeiter besetzt. Diese aber waren verständlich genug, sich jeder Kundgebung zu enthalten. Der Minister des Innern, Comans, hat sich also einer nutzlosen Sorge hingegeben, indem er mit dem Kommandanten von Paris und dem Polizeipräsidenten Maßregeln zur Verhinderung der zum Sonntag besetzten Arbeiterkundgebungen vereinbarte. Die Delegierten der Syndikats- und Arbeiterkammern hatten am Sonnabend Abend in der Arbeiterborje eine Versammlung abgehalten, in welcher sie die Antwort des Ministers des Innern zur Kenntnis nahmen und beschloffen, den Arbeitern anzurathen, sich von jeder Kundgebung fern zu halten. Ein Manifest in diesem Sinne wurde an die Arbeiter von Paris gerichtet. Dem Worte ihrer Vertreter folgend, unterließen denn auch die Arbeiter jedwede Kundgebung in Paris. Vor dem Stadtthore hatten sich zwar einige Gruppen angesammelt, dieselben wurden aber von der Polizei ohne Miße zerstreut, nur einige Personen, welche der Aufforderung, weiter zu gehen, keine Folge leisteten, wurden verhaftet. In Lyon, Marseille, Bordeaux und Lille hatten sich die Arbeiterdelegationen am Sonntag Vormittag, um die Antworten auf ihre am 10. Februar gestellten Forderungen entgegenzunehmen, nach den Präsekturgebäuden begeben; dieselben entsetzten sich indess auf den ihnen erteilten ablehnenden Bescheid, ohne öffentliche Kundgebungen vorzunehmen oder hervorzuufen. In Nantes und Troyes wurden mehrere Personen, welche verbotene Rufe ausstießen, verhaftet. Ihre Forderungen haben die Arbeiter damit jedoch keineswegs fallen lassen, und sie werden voraussichtlich einen günstigeren Zeitpunkt abwarten, um sie nachdrücklich geltend zu machen.

**Ein großartiger wirtschaftlicher „Aufschwung“**

„Ist, wie gewisse Leute unter schmetternden Trompetentönen verkünden, stattfinden, und zwar infolge der neuen militärischen Projekte, für deren Ausführung der Reichstag bereits ein nettes Stimmchen von Millionen bewilligt hat und demnach noch etliche Millionen bewilligen wird.“

Die guten Deutschen kultuliren so: Neue große Schlachtschiffe und was dazu gehört, werden gebaut; die neue Artillerie und was Alles drum und dran hängt, wird hergestellt — da kann es an Beschäftigung nicht fehlen. Die Eisenindustrie wird mit Bestellungen reichlich versehen werden, bezuglich der Kohlenindustrie. Auf den Schiffswerften wird in den Eiskirchen und verwandten Werkstätten wird man reichlich zu thun haben. Große Massen von Arbeitern werden nach den Industriezentren strömen, und dies bestehend aus Handel und Verkehr einwirken. Die Bauwirtschaft wird an einzelnen Plätzen, den vermehrten Anforderungen zu entsprechen, sich steigern müssen; es gibt neue Kasernen, Ställe, Schuppen, Lazarethe etc. zu bauen. Kurzum, Frühjahrs- und Sommer werden eine Umgestaltung der wirtschaftlichen Konjunktur bringen. Arbeit und Verdienst wird in Häufe und Häufe da sein und so bleibt dann nur noch übrig, die Vorbehung zu pressen, welche uns mit einer

Kartellmajorität im Reichstage begünstigt hat, die alle militärischen Neuforderungen im Reichstage anstandslos bewilligt, so daß wir direkt in das goldene Zeitalter des „Aufschwunges“ hineinzutreten vermögen. Wie prächtig sich das anfühlt! Wir betrachten das Bild des „Aufschwunges“ durchaus nicht in so glänzendem Lichte. Wohl geben wir zu, daß es der Industrie an Aufträgen, den Arbeitern an Beschäftigung für eine Zeitlang nicht fehlen wird. Aber rein volkswirtschaftlich genommen, sieht sich die Sache denn doch nicht so gar vorthellhaft an. Die Kapitalien, die erforderlich sind, um die neuen Unternehmungen auszuführen, müssen vom deutschen Volke vorher erst in Form von Steuern aufgebracht werden; man kann also im günstigsten Falle nur davon reden, daß die Schwämmerung des Volkseinkommens, welches durch die öffentlichen Lasten bewirkt wird, auf diesem Wege theilweise wieder eine Deckung findet.

Es ist überhaupt bezeichnend für unsere Zeit und ihre ganze Art, daß man schon von einem großen Glück spricht, wenn die Arbeiter nur Beschäftigung finden. Damit ist von vornherein jener altgebrachte und armselige Weisheitspruch der Philister wiederlegt, daß, wer nur erfüllt arbeiten wolle, auch seinen Unterhalt haben könne. In der That ist es für den Arbeiter von heute eine der quälendsten Sorgen, immer nur einigermaßen lohnende Beschäftigung zu finden.

Aber selbst wenn Alles eintrifft, was man in Aussicht stellt, wenn die Industrie Aufträge bekommt und die Arbeiter Beschäftigung haben, so werden die Arbeiter dabei immer nur das Notwendigste verdienen, was sie zu ihrem Lebensunterhalt brauchen.

Gegenüber werden die Unternehmer einen reichlichen Unternehmergeinn in Gestalt von Mehrwert erzielen. Allerdings werden auch sie untereinander eine grimmige Konkurrenz zu bestehen haben, denn bei der Vergütung der Arbeiter werden sie sich unterbieten. Aber was sie bei dem Unterbieten an Unternehmergeinn verlieren, werden sie durch Verringerung der Produktionskosten, durch Herabdrücken der Löhne wieder ausgleichen suchen. Ob mit Erfolg, das hängt zum guten Theil von den Arbeitern ab.

Wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt, so steigen gewöhnlich auch die Löhne, der Preis der Arbeit muß, wie bei allen Waaren — und leider wird die Arbeit zur Waare — zunehmen, je mehr die Waare Arbeit begehrt wird. Die Tendenz, die der modernen Industrie innewohnt, geht dahin, diesen Gesetzen des Arbeitsmarktes zu entflüchten, und die Unternehmer werden Alles aufbieten, die Löhne niedrig zu halten, sei es nun durch Zuzug von fremden Arbeitern, sei es durch die Form der Ablohnung, durch Kontrakte, durch Alfordarbeit und was die bekannten Mittel alle sind.

Man wird erwarten müssen, daß es zu lebhaften Bewegungen unter den Unternehmern einer- und den Arbeitern andererseits kommen wird. Beide Theile werden die Bedingungen möglichst günstig für sich zu gestalten suchen. Die Stellung der Unternehmer ist dabei eine vorthellhaftere, und die Arbeiter können nur durch Einmüthigkeit und durch geschlossene Organisation etwas erreichen. Wenn es den Arbeitern gelingt, höhere Löhne zu erzielen und bessere Arbeitsbedingungen auszuwirken, so wird das im Moment für das ganze deutsche Volk von unübersehbarem Vortheil sein, weil dann der Konsum sich hebt und auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse bedeutend einwirkt. Wenn dagegen die Löhne der Arbeiter sinken, so wird auch dieser angebliche Aufschwung der Industrie in seiner Wirkungen nachtheilig sein.

**Gewerkchaftliche Angelegenheiten.**

\* **Nachahmenswerth!** — Die „Verrentigten Arbeitgeber des Maurer- und Zimmerer-Gewerbes in Breslau“ theilen durch Zeitungsinsertat den Behörden und dem bauenden Publikum mit, daß sie mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse und im Interesse einer ungefährten Bauthätigkeit den Vorschlägen der Gesellen gegenüber Entgegenkommen geübt haben; es seien demnach die Löhne gegen das Vorjahr um durchschnittlich 16 pSt. erhöht worden. — Möge dieses Beispiel Nachahmung finden. Zumal den Berliner Meistern des Baugewerbes wäre es zur Nachahmung zu empfehlen.

\* Aus Braunschweig ging dem nationalliberalen „Hannoverschen Courier“ folgende Notiz zu: Eine Versammlung von Maurern hatte vor einiger Zeit, wie mitgeteilt, beschlossen, den Meistern anzubieten, daß in diesem Baujahre als geringster Stundenlohn 45 Pf. gefordert werden würden. Dies geschah, aber die Bauunternehmer gaben keine Antwort. Sie folgten auch der Aufforderung nicht, in einer neuen Versammlung zu erscheinen, um eben. Einprache zu erheben. Das Nichterscheinen der Meister wurde nun von den Gesellen als ein Zugeständnis jener Forderung aufgefaßt! — Was diese Notiz bezwecken soll, ist uns beim besten Willen unerschließlich. Den Braunschweiger Maurern zugut zu rathen, daß sie ein Nichterscheinen und beharrliches Schwitzen der Meister als ein Zugeständnis ihrer Forderungen auffassen, das ist denn doch zu dumm!

\* Die Berliner Statuten haben kürzlich in einer Versammlung folgende Resolution beschloffen: „In Erwägung, daß die diesjährige Bauthätigkeit der vergangenen nicht nachsteht, und in Erwägung, daß die Meistern fortwährend geheizt werden und die Lebensmittelpreise ungeheuer gestiegen sind; erklärt die heutige Versammlung, den 1888er Gesellenlohn aufrecht zu erhalten und statt einer 9/10-stündigen Arbeitszeit eine neunstündige Arbeitszeit mit allen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln einzuführen.“

\* Auf Grund des Sozialistengesetzes politisch verboten wurde in Crimmitschau im „gemüthlichen“ Sachsen eine öffentliche Versammlung der Bauhand



einsetzung einer Vermehrung ihrer Geschäfts-  
kosten vor.

Die Arbeiter konzentrierten ihre ganze Kraft  
auf ein gemeinschaftliches Operieren gegen die  
große Firma Xallope. Die von dieser Firma  
beschäftigten Arbeiter legten, nachdem sie die  
Forderung einer neunstündigen Arbeitszeit er-  
hoben hatten, die Arbeit nieder, während ihre  
Kameraden, die bei allen übrigen Unternehmern  
mit ihrer zehnstündigen Arbeit fortfuhren, sie  
mit ihren Beiträgen unterstützten. Sie hofften  
durch diesen sogenannten partiiellen Streik die  
Forderung bei der genannten Firma durch-  
zusetzen und nach und nach auch die übrigen zur  
Nachgiebigkeit zu zwingen.

Nach ziemlich langen Verhandlungen zwischen  
den Vertretern der Arbeiter und denen der  
Unternehmer, welche 50 vereinigte Firmen  
repräsentierten, begann der Kampf am 23. Juli  
1859. Schon drei Monate zuvor hatte die  
Firma Xallope alle Unternehmer in London  
zusammenberufen und sie veranlaßt, mit ihr  
gemeinschaftliche Sache zu machen. Auf diese  
Weise entstand eine mächtige Koalition, die als-  
bald unter dem Namen „Zentralverein der  
Baunternehmer“ ihre Thätigkeit zu entfalten  
anfang.

Da die Firma Xallope nach Verlauf von  
14 Tagen die Arbeiter, welche sie verlassen hatten,  
noch nicht hatte ersetzen können, so beschloß der  
Verein ein Lockout, eine Aussperrung der  
Arbeiter. Alle Baunternehmer entließen ihre  
Arbeiter, deren Gesamtzahl sich auf 7856  
belief. Zugleich beschloß der Zentralverein, von  
nun an nur noch Arbeiter beschäftigten zu wollen,  
welche keinem Gewerkvereine angehörten; die  
Arbeiter sollten sich zur Lossage von diesen Ver-  
einen verpflichten.

Trotz ihrer traurigen Lage weigerten sich die  
ausgesperrten Arbeiter, sich dieser Bedingung zu  
unterwerfen und die Arbeitseinstellung dauerte  
fort, bis man sich endlich gegenseitig still-  
schweigend zu Konzessionen verband, die dem  
Streik ein Ende machten. Die Arbeiter ließen  
ihre auf die Reduktion der Arbeitszeit um eine  
Stunde gerichtete Forderung fallen, und die  
Unternehmer verbanden sich dazu, nicht mehr  
auf der Verpflichtung zur Nichtbeschäftigung an  
den Gewerkvereinen zu bestehen.

Das Ergebnis dieses Kampfes war also für  
beide Theile gleich Null. Zum Glück hatte der  
Streik, trotz der durch ihn aufgeregten Leiden-  
schaften, zu keiner Gewaltthätigkeit Veranlassung  
gegeben. Durch die praktische Uebung des  
Koalitionsrechts gebildet, hatten die Arbeiter der  
Hauptstadt eine Nützigkeit an den Tag gelegt,  
der selbst ihre Gegner die Anerkennung nicht  
verlagern konnten.

Die Fortsetzung des Kampfes war indessen  
nur verschoben. Die Arbeiter schlossen sich noch  
enger zusammen, während die Unternehmer ins-  
folge der Konkurrenz miteinander gerieten. Schon  
im Jahre 1861 stand die Frage der neun-  
stündigen Arbeitszeit wieder auf der Tages-  
ordnung. Aber dieses Mal benahmen sich die  
Unternehmer geschickter; statt sich den erhobenen  
Forderungen direkt zu widersetzen, proponirten  
sie den Arbeitern eine Lohnerhöhung und die  
Einführung der Lohnzahlung nach Stunden  
des Tages. Die Arbeiter nahmen diese Vor-  
schläge an, und es kam nicht zum Streik. Seit-  
dem hängt in London die Summe des Tage-  
lohnes der Bauarbeiter von der Zahl der Arbeits-  
stunden ab und ber im Jahre 1861 auf 6 d  
(= nahezu 50 Pf.) festgesetzte Stundenlohn stieg  
nach und nach ohne Kampf auf 7 1/2 d  
(= 63 Pf.) im Jahre 1865, und auf 8 d  
(= 67 Pf.) im Jahre 1866.

(Fortsetzung folgt.)

**Situationsberichte.**

**Mauerer.**

**Frankfurt a. D.** Eine zu Sonntag, den 3. März,  
vormittags 11 Uhr, nach Neu-Karthaus berufene öffent-  
liche Mauererverversammlung war sehr gut besucht.  
Dieselbe beschäftigte sich mit der Angelegenheit Einigung  
der Mauerer Deutschlands, mit dem in der Zeit vom  
25. bis 28. März cr. in Halle an der Saale tagenden  
schlechten deutschen Mauererkongreß, sowie mit der Lohn-  
frage. Bezüglich der letzteren Materie führte Herr  
C. Behrend aus, daß erstklassigweise der Bruder-  
kampf, der zur Hauptfrage zwischen Hamburg und Berlin  
geschwebt, und den Vesseln des Baugewerks Alt-Deutsch-  
lands nur Schaden gebracht, beendet und eine Einigung  
der freitrenden Elemente erzielt sei. Dem noch in diesem  
Monat tagenden Kongreß würde es vorbehalten bleiben,  
dem Friedens- und Einigungswert die Krone aufzusetzen.

Man könne daher den kommenden Tagen mit Ruhe ent-  
gegensehen. Bereits sonne man in Arbeitgebetkreisen auch  
schon an, Bestürzungen laut werden zu lassen. So  
verliert Redner einen Artikel der „Baugewerkszeitung“,  
betitelt „Streik“, in welchem beklagt wird, daß die  
Organisation der Arbeitgeber nicht im Einklang mit  
jener der Arbeiter gleich zu achten sei, worin ferner  
gelagt wird, daß die Lohnkämpfe in diesem Jahre vor-  
ausichtlich einen bisher nie erreichten Umfang annehmen  
und schon mehr einen „internationalen“ Charakter tragen  
dürften.“ Redner unterlegt diesen Artikel einer scharfen  
Kritik und betont, daß derselbe wegen seiner maßlosen  
Ausfälle gegen jede Arbeitervereinigung, wegen seines  
das Demagogentum auf der Seite tragenden Inhalts  
eigentlich gänzlich verwerflich, brächtig zu werden. Man  
sei in neuerer Zeit viel zu vorsichtig geworden und habe  
auch gänzlich rüthig, zwecks Erreichung der Ziele eine  
internationale Vereinigung angestrebt. Was ge-  
schehen solle, was beschloßen würde, spiele sich in öffent-  
lichen Versammlungen unter den Augen der Polizei ab.  
Wenn aber der Umfang der Lohnkämpfe ein großer  
werden sollte, so sei dies wohl der schlagendste Beweis,  
daß die heutigen Löhne bei der unangenehm-Steigerung  
der Lebensmittelpreise nicht mehr ausreichen seien. Die  
Leitenden der Arbeiter angeordneten Vorkämpfer hätten  
in Arbeitgebetkreisen keine Widerlegung gefunden man  
gäbe stillschweigend anerkennen müssen, daß die Forde-  
rungen gerecht seien, trotzdem aber zwingen man die  
Arbeiter zum letzten, zum äußersten Mittel, zum Streik,  
und das nenne man dann „internationale Kämpfe“, um  
die Arbeiter der Polizei zu überliefern. Ein solches  
Behagen richte sich selbst. Es sei zu hoffen, daß der  
Kongreß eine Organisation zur Abwehr des Streiks  
schaffe, eine Organisation die zum Segen der beschäftigten  
Freie wirken werde. Hierauf wird beschloßen, auch den  
diesjährigen Kongreß zu beschiden und wird als Delegirter  
Herr C. Behrend einstimmig gewählt. Die Kosten  
sollen durch die Auslegung von Bissen auf den Bauten  
gedeckt und durch die Herren H. Metzschang, W. H.  
Kaufe und H. einrich Feitler eingezogen werden.  
— Bezüglich der Lohnfrage wird beantragt, daß die  
hiesigen Arbeitgeber bisher auf die ihnen überänderte Re-  
solutions nicht geantwortet hätten. Es wird beschloßen,  
die Festlegung des Endtermins wegen Fortsetzung des  
Stundenlohnes von 35 Pf. einer späteren Versammlung  
zu überlassen, damit man zunächst die Beschäfte des  
Kongresses kennen lerne. Im Ubrigen sei in allen um-  
liegenden Städten sehr viel Arbeit in Aussicht, so daß  
die Arbeitskräfte voraussichtlich rar würden. Schon  
jetzt sei aber daran festzuhalten, daß der geforderte  
Stundenlohn als Minimallohn zu betrachten sei. Nach-  
dem eine Teilerfassung beschloßen und der Antrag  
des Herrn Krüger, einen Unterstützungsverein zu  
gründen, vorläufig abgelehnt wird, da der Prozeß wegen  
der Aufhebung des hiesigen Fachvereins noch schwebt,  
schließt der Vorsitzende die Versammlung 12 1/2 Uhr.

**Malsow i. M.** Zum 3. März hatten wir hierseits  
eine öffentliche Mauererverammlung anberaumt, die auch  
von fast allen Mauerern von Malsow und Umgegend be-  
sucht war. Die Tagesordnung lautete: 1. Lohn und  
Arbeit per am Orte. 2. Das Antwortschreiben der  
Znangung an den Gesellenauschuß. Zum ersten Punkt  
der Tagesordnung wurde beschloßen, vom 1. März d. J.  
an der Fortsetzung der 10stündigen Arbeitszeit bei einem  
Lohne von 30 Pf. festzuhalten; Ueberstunden sollen mit  
25 Pf. bezahlt werden. Zum zweiten Punkt berichtete  
der Gesellenauschuß, daß die Znangungsmeister die ge-  
fällige Forderung nicht bewilligen wollen, worauf die  
Versammlung einstimmig erklärte, die Arbeit nur unter  
den obigen Bedingungen aufnehmen zu wollen. Wir  
wenden uns nun vertrauensvoll an die Kollegen allerorts  
mit der Bitte, den Bezug nach hier strengstens fern zu  
halten, damit wir unsere gewiß beschiedene Forderung  
durchsetzen können.

**Mienstedt.** Am 3. März d. J. fand hier eine  
öffentliche Mauererverammlung statt, welche um 4 1/2  
Uhr vom Kollegen F. F. i. c. h. e. d. eröffnet wurde. Die Tages-  
ordnung lautete: Der letzte deutsche Mauererkongreß  
in Halle a. d. S. bezw. Waßl eines Delegirten. Ueber  
dieses Thema hielt Herr B. o. r. e. n. z. einen längeren  
Vortrag, welcher von der Versammlung beifällig aufgenommen  
wurde. Nachdem Herr W. i. n. k. e. l. m. a. n. n. sich ebenfalls  
über diesen Gegenstand der Tagesordnung grüßere  
hatte, wurde Herr B. o. r. e. n. z. als Delegirter gewählt,  
welcher die Haft bald antrahm. Die Kosten der  
Vertretung sollen durch freiwillige Beiträge aufgebracht  
werden. Um 6 Uhr erfolgte Schluß der Versammlung.

**Muerfurt.** Sonntag, den 3. März, wurde hier eine  
öffentliche Mauererverammlung mit der Tagesordnung:  
Der letzte deutsche Mauererkongreß, sowie Waßl eines  
Delegirten, abgehalten. Die Versammlung war gut  
von Mauerern und Gesellenen besucht. Zum ersten  
Punkt erklärte Kollege D. i. t. t. o. S. c. h. n. i. d. t. den Zweck  
der Gewerkschaftskongresse und empfahl angelegentlich  
die Beschädigung des bevorstehenden Kongresses durch einen  
Delegirten. Nachdem sich noch mehrere Anwesende in  
diesem Sinne ausgeprochen, wurde der Vordrüber  
als Delegirter gewählt, welcher im Verhinderungsfalle  
durch den Kollegen E. r. a. s. t. F. o. l. z. e. vertreten werden  
soll. Mit dem Wunsche, daß sich auch die Lage der  
Mauerer von Muerfurt und Umgegend bald verbessern möge,  
wurde die Versammlung geschlossen.

**Friedland i. M.** In der am 10. Februar im Botale  
des Herrn Albrecht abgehaltenen öffentlichen Versam-  
mlung hielt Herr S. t. a. n. i. n. g. l. aus Hamburg einen Vor-  
trag über den Zweck und Nutzen einer Organisation.  
Nach Schluß des mit Beifall aufgenommenen Vortrages  
erklärten sämtliche anwesenden Kollegen durch Unter-  
schrift, einen Fachverein gründen zu wollen. Am 2. März  
land, alsdann eine Versammlung trat mit der Tagesord-  
nung: 1. Vorstandswahl. 2. Die Lohnfrage. In den Vor-  
stand wurden gewählt: W. N. o. h. d. e. erster Vorsitzender;  
C. S. t. a. b. e. zweiter Vorsitzender; M. a. r. t. e. n. s., Kassirer;  
A. W. i. r. t. h. Schriftführer; C. P. e. t. e. r. s. und C. B. i. e. g-  
l. e. r. Beisitzende. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung  
wurde beschloßen, für das laufende Jahr die Stunden-  
lohnung einzuführen, und zwar wurde der Lohn auf 25 Pf.

pro Stunde bei 11stündiger Arbeitszeit festgesetzt, worauf die  
Namen derjenigen Meister und Unternehmer bekannt  
gemacht wurden, die sich zur Annahme dieser Forderung  
bereit erklärt haben. Von einzelnen Arbeitgebetern sei  
jedoch das Anerbieten eines höheren Lohnes unter der  
Bedingung gemacht worden, daß die Vesseln ihren Aus-  
tritt aus dem Fachverein erklären bzw. demselben nicht  
beitreten sollen. Unter allgemeinem Beifall forderte der  
Vorsitzende die Anwesenden auf, an der jetzt geschaffenen  
Organisation festzuhalten, damit die Mauerer von Fried-  
land sich endlich aus dem Sumpfe, in welchem sie so  
lange gesteckt haben, herausarbeiten können. — Herr  
S. t. a. n. i. n. g. l. sprach wir hiermit öffentlich unsern besten  
Dank dafür aus, daß er und den richtigen Weg zur  
Erreichung einer menschenwürdigen Lage gezeigt hat.

**Neukalen.** Am 3. März fand im Botale des Herrn  
Lagemann eine Mitgliederversammlung des hiesigen Fach-  
vereins der Mauerer statt, in welcher die Kollegen S. a. h.  
als Vorsitzender, S. w. a. r. z. als Schriftführer und  
K. ö. p. l. e. und U. h. e. n. s. als Beisitzende fungirten. Die  
Tagesordnung lautete: 1. Die Lohnfrage. 2. Ver-  
schiedenes. Zum ersten Punkte führte der Vorsitzende  
an, daß ein Mitglied des Vereins im Auftrage seines  
Arbeitgebeters mit mehreren Kollegen privatim eine Lohn-  
regelung verjußt habe; es sei ein Lohn von Mk. 2.75  
pro Tag geboten worden. Redner tadelt solches Vor-  
gehen auf das Entschiedenste und ermahnte die Anwesen-  
den, vom Wege der Organisation nicht abzuweichen.  
Alsdann wurden in die Lohnkommission die Kollegen  
V. e. d. e. r., K. r. ü. g. e. r. und H. e. r. r. i. n. g. gewählt und be-  
auftragt, mit den Meistern über die Lohnfrage zu ver-  
handeln. Sollte eine Einigung nicht zu erzielen sein, so  
soll am 9. März eine öffentliche Mauererverammlung  
stattfinden, zu welcher die Meister eingeladen sind. Ein  
Kollege, der sich herbeigelassen hatte, auf eigene Hand  
mit seinem Arbeitgeber den Lohn zu vereinbaren, wurde  
dieserhalb zur Rede gestellt und erklärte darauf seinen  
Austritt aus dem Verein.

**Neuzen.** Die hier am 3. März tagende sehr gut  
besuchte öffentliche Mauererverammlung hatte zur Tages-  
ordnung: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Wahl eines  
Delegirten zum letzten Mauererkongreß. 3. Verschiedenes.  
In das Bureau wurden gewählt die Kollegen F. S. c. h. u. l. z. e.  
als Vorsitzender und H. J. a. m. b. u. r. g. als Schriftführer.  
Die Lohnkommission las zunächst ein Antwortschreiben  
seitens der Meister vor, nach welchem letztere auch die  
Menge ebenso in: in den beiden letzten Jahren die Er-  
höhung des Lohnes von 29 auf 30 Pfennige pro Stunde  
verweigern. So war dann beschloßen worden, zwei  
Mann von der Lohnkommission loszuscheiden, um Unter-  
schriften von den Arbeitgebetern einzuholen. Die Be-  
treffenden kehrten aber bald wieder zurück mit der  
Unterschrift von zwei Unternehmern; die Herren Znangungs-  
meister dagegen erklärten rundweg: wir können das wohl,  
wollen es aber nicht, wobei sie uns einfach als Krakehler  
hinstellten. Die Versammlung beschloß einstimmig, noch-  
mals dieserhalb an die Meister zu schreiben und um  
Antwort bis zum 15. d. M. zu eruchen, widrigenfalls  
die Arbeit zum 1. April gelündigt werden soll. Zum  
zweiten Punkt der Tagesordnung wurde der Antrag  
zum Kongreß verlesen und alsdann einstimmig beschloßen,  
auch in diesem Jahre den Kongreß durch einen Delegirten  
zu beschiden, worauf Kollege W. S. c. h. u. l. z. e. mit großer  
Majorität als Delegirter und H. J. a. c. o. b. als dessen  
Stellvertreter gewählt wurden. Nach Erledigung einiger  
unwesentlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung  
Abends 7 Uhr geschlossen.

**Wilhelmshaven.** Am 5. März, Abends 8 Uhr, fand  
hier im Saale des Herrn Aug. „Zur Arche“, eine öffent-  
liche Mauererverammlung von Wilhelmshaven und Um-  
gegend statt mit der Tagesordnung: 1. Beschädigung des  
diesjährigen Mauererkongresses. 2. Wahl eines Delegirten.  
3. Verschiedenes. In das Bureau wurden gewählt die  
Kollegen: M. V. e. l. e. r. als Vorsitzender und C. D. a. g. e.  
als Schriftführer. Kollege V. e. l. e. r. erläuterte die Tages-  
ordnung, worauf einige Kollegen an der Diskussion  
theilnahmen. Das Resultat bestand in der einstimmigen  
Annahme des Antrages, die Mauerer von Wilhelmshaven  
und Umgegend durch einen Delegirten auf dem 6. vor-  
stehenden Kongreß vertreten zu lassen. Kollege S. c. h. u. l. z. e.  
wurde mit Majorität als solcher gewählt. Zur Tages-  
ordnung des Kongresses sprach Kollege E. i. s. e. n. r. an den  
Wunsch aus, daß, wenn irgend thunlich, nur e. i. n. Organ  
der Mauerer D. a. n. s. l. a. n. d. s. herausgegeben werde. In  
Betriff der Beschädigung des Delegirten wurde beschloßen,  
die Kosten durch freiwillige Sammlungen aufzubringen.  
In „Verschiedenes“ wurde der Kassirer beauftragt, dafür  
Sorge zu tragen, daß die neuzutretenden Mitglieder  
slofort auf den „Grundstein“ abonniren. Mit einem drei-  
maligen Hoch auf unsere Organisation wurde die gut  
besuchte Versammlung um 10 1/2 Uhr geschlossen.

**Berlin.** Eine Generalversammlung der freien Ver-  
einigung und Fachgenossen der Mauerer Berlins fand  
Sonntag, den 3. d. M., im Saale Rönningerstraße 100  
statt. Herr W. e. r. n. a. u. sprach über die Trades Unions  
in England und ihre Organisation. Referent führte aus,  
daß die meisten Nationalökonomten behaupten, die soziale  
Lage Englands wäre im Verhältnis zu den anderen  
Staaten eine bedeutend bessere. Dieses sei nur möglich  
durch die feste Organisation, welche die Trades Unions  
unter sich errichtet haben. Durch ihre Organisation  
konnten sie den Kapitalisten einen Damm entgegenstellen,  
welchen diese nicht im Stande waren, zu übersteigen.  
Im Jahre 1880 bestanden z. B. 179 Trades Unions.  
Dieselben zählten an Mitgliedern 222.250 und verfügten  
über ein Kapital von 279.413 Pf. St. Aus dieser  
Summe wird ein jedes Mitglied in jeder Beziehung  
unterstützt. Auf diese Weise ist es möglich, daß die  
englischen Arbeiter so Vieles ausrichten konnten. Auch  
wäre England mit seiner industriellen Entwicklung und  
um eine Generation voraus und wäre im Stande, alle  
anderen Länder mit seinen Produkten zu versehen. Die  
gewerkschaftliche Organisation kann aber das Massenelend  
nicht beseitigen. — Soll etwas Nützliches ge-  
schaffen werden, so muß ein anderer Faktor mitwirken, und zwar  
der politische. Aus diesem Grunde rechtfertigte sich die  
Frage: welche Organisation ist für uns die vortheil-



liche Verhandlung am 9. März. Das Resultat dieses Vorgehens werden wir feinerzeit mittheilen. In die Kommission wurden gewählt die Kollegen H e n s, W a l l e r, K o h l b a u n d R e m a n n. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung berichtete der Vorsitzende, daß die Beschäftigung der Kollegen an dem hiesigen Fachverein eine unerschwinglich geringe sei; es geböre von den 80 am Orte wohnhaften Kollegen nur 28 dem Verein als Mitglieder an. Redner erläuterte den Zweck und die Ziele der Fachvereine und ersuchte die Anwesenden, ihre Kaufzeit abzulegen und mitzuwirken an der örtlichen Organisation, da nur durch geschlossenes Vorgehen aller Kollegen die überaus traurige Lage gebessert werden könne. Sieben Kollegen folgten dem Rathe und ließen sich in die ausstehende Liste einzeichnen. Außerdem wurden noch vier Abonnenen auf den „Grundstein“ gewonnen. Mit einem dreimaligen Hoch auf die bevorstehende Einigung der Maurer Deutschlands schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Hilf.** Unsere Vereinsversammlung fand am 6. März mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wahl zweier Bibliothekare. 2. Fragekasten. 3. Berichtendes. Zu Bibliothekaren wurden die Kollegen D r e w s und W i s t o f e l a u f ein Jahr gewählt. Nach Erledigung zweier Fragen wurde über ein vom Kollegen W. K r ö g e r in voriger Versammlung eingereichtes Unterstufungs-gesuch verhandelt, welches der zu diesem Zweck bestehenden Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse überwiehen war. Die Kommission berichtete, daß der Bibliothekar bei ihrem Besuche sich geküßert habe, „wenn die Unterstützung nicht mehr als Mk. 10 oder 15 betrage, wolle er lieber ganz auf eine solche verzichten.“ Die Versammlung beschloß, unter solchen Umständen das Gesuch abzulehnen. — Am Freitag, den 1. März, fand in Hantshausen im Lokale des Herrn Rogien eine Feiernacht zur Feier des fünfjährigen Bestehens unseres Vereins statt. Die Gründung des Vereins wurde von wenigen Kollegen auf Anregung von Hamburg aus unterommen, und jetzt gehören dem Vereine ungefähr 1/3 der hier wohnhaften 400 Kollegen an. Auch haben wir durch die Organisation sowohl eine Verbesserung des Lohnes, sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit erlangt. Dagegen haben die bei Gründung des Vereins am 1. März 1884 anwesenden Meister das Verprechen mit den Gesellen Hand in Hand zu gehen, sehr halt verweigert und den Fachverein und dessen Bestrebungen auf das Energischste bekämpft. Allen Kollegen, die noch unserem Vereine fernstehen, rufen wir aber zu: Legt nicht die Hände in den Schooß und wartet darauf, daß auch die gebotenen Tauben in den Mund fliegen! Schließt Euch uns an und helfet mit bauen an dem großen Werke unserer gerechten Sache! — Trotz des lange anhaltenden Winters war der Besuch des Festes seitens der Kollegen und deren Familien ein geschätzter. Der Gesangsverein hatte es sich angelegen sein lassen, durch ein reichhaltiges Programm einen geschmackvollen Abend zu bieten, während Herr Z h o r m a n n durch Vortrag eines schmerzvollen Protokolls die Festimmung der Teilnehmer erhöhte. Die Anwesenden blieben bis zum frühen Morgen beisammen und trennten sich dann mit dem Verprechen, fleißig an den Bestrebungen des Vereins theilzunehmen.

**Schwarzabend.** Am Sonntag, den 3. März, Abends 6 1/2 Uhr, fand hierseits im Lokale des Kollegen F. K r u s e unsere Fachvereinsversammlung mit der Tagesordnung statt: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Unter Lohnartik. 3. Berichtendes. Nachdem der Vorsitzende H. W e n n die Versammlung um 6 1/2 Uhr eröffnet hatte, wurde das bis dahin auf dem Gevierte laufende Designt, sowie der monatliche Beitrag von den Mitgliedern erhoben, worauf die Lohnkommission, welche laut Beschluß der Versammlung vom 3. Februar damit beauftragt war, mit den Meistern darüber zu unterhandeln, daß die Arbeit in den Wintermonaten nicht etwa von 4-5 Mann angefertigt werde, sondern daß die Winterarbeit einem regelrechten achtstündigen Wechsel unterworfen sein müsse, um das allgemeine Wohl sämtlicher Kollegen, sowie das gegenseitige Zutrauen zu fördern, ihren Bericht erstattete. Die Meister haben nach diesem Bericht erklärt, in dieser Hinsicht keine Verpflichtungen übernehmen zu können, jedoch würden sie so viel als möglich Rücksicht auf die ausgesprochenen Wünsche nehmen. Ueber den zweiten Punkt: „Unter Lohnartik.“, entspann sich eine längere Debatte, indem einige Kollegen die im Tarif enthaltene Bestimmung, nach welcher die an einem bestimmten Datum eintretende Lohnsteigerung, je nachdem das Datum fällt, eine Woche früher oder später in Kraft treten soll, dahin abgeändert wissen wollten, daß die Veränderung des Lohnes mit dem bestimmten Tage zu erfolgen habe. Die Versammlung beschloß jedoch, den Tarif in seiner bisherigen Form beizubehalten. Nachdem noch einige unwichtige Angelegenheiten besprochen waren, wurde die Versammlung, in welcher drei Mitglieder teilnahmen, um 9 Uhr geschlossen.

**Harburg a. E.** Eine Mitgliederversammlung des Fachvereins der Maurer zu Harburg fand am Donnerstags, den 7. März, statt mit der Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Statist. 3. Wollen wir unsere Mitgliederkarten für dieses Jahr beibehalten? 4. Fragekasten. 5. Jüngere Vereinsangelegenheiten. Nach kurzer Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung wurde Kollege C. W e i g e r auf die Wichtigkeit der vorerwähnten Auffassung der Fragebogen aufmerksam und stellte den Antrag, die Statist. obligatorisch für alle Mitglieder einzuführen, sowie die weitere Einricht. d. d. derselben einer Kommission zu übertragen. Nachdem die Herren S t e n e r und S e g e r den Antrag unterst. hatten, wurde derselbe einstimmig angenommen und eine Verwaltungskommission von sechs Personen gewählt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung wurde nach längerer Debatte beschlossen, für dieses Jahr neue Mitgliederkarten anzufertigen zu lassen, weil der Voratz der auf zwei Jahre eingerichteten Karten erschoß ist und der Neubrud wenig mehr kosten wird, als ein Neubrud der bisherigen Karten. Ein Antrag, die Rubrik zur Kostenverteilung über das Abonnement auf das Fragebogen fortzulassen, wurde abgelehnt, weil gerade dadurch eine

vermehrte Agitation für das Organ in's Werk gesetzt werden kann. Nach Erledigung mehrerer Fragen unterzog Herr S t e n e r die trägen Versammlungsbesucher einer gerechten Kritik, indem der Besuch noch nie so schwach gewesen ist, als in den beiden Versammlungen im Februar. Redner hob u. A. hervor, daß man nicht die Hände in den Schooß legen dürfe, weil für dieses Jahr die Forderung bewilligt sei, und erklärte den Nutzen der Versammlungen. Ferner bezeicherte er das Vorgeh. des „Grundstein“ als zur Erhaltung einer Organisationskraft unentbehrlich. Darauf wurde von dem Kassier die Resümitenliste vorgelesen, nach welcher finanziell auch viel zu wünschen übrig bleibt. Auch wurde von dem Bibliothekaren die geringe Benutzung der Bibliothek beklagt, worauf der Vorsitzende in kurzen Worten auf den Zweck der Bibliothek hinwies. Nachdem noch zwei Kontrollen für den Monat März gewährt und einige Anträge zur nächsten Versammlung vertagt waren, mußte die Versammlung wegen vorgerückter Zeit geschlossen werden. — Im denselben Abend wurde auf der Herberge eine unangenehme Stöcherung ausgeführt. Einer der Vereinsbibliothekare, der aus Agitationsinteressen noch den jüngsten „Fremden“ angebot, verließ gegen 10 Uhr wegen Unwohlseins die Versammlung. Sein Weg führte ihn an der Herberge vorbei; er kehrte bei seinen „ehrbaren“ Fremden ein, um Propaganda für den Fachverein zu machen. Solche Agitation konnten aber einige derselben nicht ertragen, und so fielen 4-5 dieser rohen Kurden über ihn her und bearbeiteten seinen Kopf mit Messern und anderen Instrumenten derart, daß er sich von einem Arzte verbinden lassen mußte. So erfüllen diese von satanischem Haß gegen die Fachvereine erfüllten Thoren das von ihnen gegebene Wort: „Wiso will ich auch sein und bleiben ewig treuer Bruder Deini!“

**Wietefeld.** Wir machen die schätzlichen Kollegen darauf aufmerksam, daß die Differenzen zwischen den hiesigen Meistern und Gesellen, mit Ausnahme von drei Firmen, nicht beglichen sind und ersuchen, den Bezug auch fernemhin von hier abzuhalten.

**Delmenhorst.** Der hier ausgebrochene Streit ist Dank unserer Organisation innerlich vier Tagen beendet worden. Die den Meistern schon im vorigen Jahre durch die Lohnkommission unterbreiteten Forderungen wurden durch ein am 28. Februar an letztere gerichtetes Schreiben nicht bewilligt, indem dieselben nach Ansicht der Meister „unbillig“ sein sollten. In der am denselben Abend abgehaltenen Versammlung der Kollegen wurde nun einstimmig beschlossen, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, als bis die Meister die Bewilligung unserer Forderungen schriftlich ausgesprochen hätten. Das Gesuch und schon am 4. März erfolgte die Unterschrift der Meister. Der Lohn ist von 35 auf 37 1/2 Pf. pro Stunde erhöht worden, während der Preis für Meßkopfen- und Sonntagsarbeit auf 50 Pf. pro Stunde festgesetzt ist. Der Lohn soll an jedem Sonntage um 6 Uhr auf den Bauten ausbezahlt werden, wenn dieselben sich außerhalb der Stadt befinden, und außerdem soll an jedem Bau bei Beginn desselben eine geräumige, wasserdicke Baubude vorhanden sein, die nur zum Aufenthalt der Arbeiter während der Pausen bestimmt ist. Nun meinen wir, es sei Alles in Ordnung — ja, da haben wir wieder einmal die Rechnung ohne die Meister gemacht! Viele unserer Kollegen sind entlassen worden, während nach Regeren an anderen Städten großer Mangel ist. Wir warnen daher vor Bezug.

**Hannover.** Am 5. März, Abends 8 1/2 Uhr, fand hierseits im großen Saale des „Waldfes“ eine öffentliche Maurerverversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Wo durch fördern wir am besten das Handwerk? 2. Die augenblickliche Bewegung der Maurer Deutschlands. 3. Berichtendes. In das Bureau wurden gewählt die Kollegen G r o t e 's erster, P i n t e als zweiter Vorsitzender und S c h a r n b e r g als Schriftführer. Zum ersten Punkt der Tagesordnung legte der erste Vorsitzende den Zweck und die Ziele einer Fachorganisation klar und forderte die anwesenden Kollegen auf, der hiesigen Organisation beizutreten, weil nur dadurch das Handwerk gefördert werden könne, worauf Kollege P i n t e die Ausführungen des Sprechers unterstützte. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung empfahl der erste Vorsitzende bringend das Abonnement auf den „Grundstein“ und verlas alsdann einen Bericht auf der „Baugewerk-Zeitung“, den er einer heftigen Kritik unterzog. Die folgenden Redner forderten die Anwesenden auf, stramm zur Organisation zu stehen, worauf beschlossen wurde, bei eintretendem Thaumeter zugleich mit den Sammlungen zum Generalhauß anzutreten, da doch wohl recht bald mehrere Städte in einen Streit verwickelt sein würden. Im „Berichtenden“ verlas der Vorsitzende mehrere Artikel des „Grundstein“ über die von dem Vertrauensrathe der hannoverschen Baugewerksberufsgenossenschaft gestellte Frage: „Ist die Nützlichkeit eines Maurers auch eine Arbeit?“ und wies die Leistungen eines Maurers durch statistische Nachweise genau nach. Da weiter nichts vorlag, so erfolgte Schluß der Versammlung um 11 Uhr Abends.

**Bremen.** Am 6. März, Abends 7 Uhr, wurde hier eine öffentliche Maurerverversammlung abgehalten mit der Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission in Betreff des Antwortschreibens der „Baugütte“ über die Lohnfrage; 2. Wie sollen sich die Maurer Bremens dazu stellen? 3. Berichtendes. Das Bureau bestand aus den Kollegen W e d e r, erster, W o h l e r s, zweiter Vorsitzender, W o l d a, erster und W e h r e i s, zweiter Schriftführer. Nachdem das Antwortschreiben der „Baugütte“ vorgelesen war, wurde dasselbe von mehreren Rednern einer scharfen Kritik unterworfen. Nämlich als wir am 28. Dezember 1888 an die „Baugütte“ die Bitte stellten, unsern Lohn von 42 1/2 auf 47 1/4 Minimallohn zu erhöhen und die Forderung am 1. März in Kraft treten zu lassen, da hielten die Meister am 15. Januar eine Versammlung ab und schätzten am 26. Februar eine abschneidende Antwort. A l l e j e d s W o g e n Zeit hatten die Bauingenieure zur Antwort gebraucht. — Als dann stellte ein Kollege den Antrag: die Lohnkommission solle ein gedrucktes Formular an sämtliche Meister schicken, mit

der Aufforderung, sich bis zum 21. März zu erklären, ob sie den Lohn von 47 1/4 pro Stunde bewilligen wollen oder nicht. Es entspann sich eine hitzige Debatte, welche mit der Annahme des Antrages endete. Ferner wurde auch beschlossen, im „Grundstein“ an die Kollegen in Deutschland die Aufforderung zu erlassen, den Bezug von hier fern zu halten, da Arbeitskräfte genügend hier vorhanden sind. Die Meister machen, um einen Druck auf uns auszuüben, im „Südtiger Kreisblatt“ bekannt, daß hier tüchtige Maurer für den Lohn von 42 1/2 pro Stunde Arbeit erhalten können. Da durch den Vollanstoß sämtliche zum Leben erforderlichen Bedürfnisse vertrieben sind, so können wir mit 42 1/2 nicht mehr haushalten. Der Schluß der Versammlung erfolgte um 9 1/2 Uhr.

**Maurer und Zimmerer.**

**Gesendort-Lebe.** Die Maurer und Zimmerer hierorts haben schon wieder einmal die Beschäftigung gehabt, von der Innung zur Wahl eines Gesellen-Ausschusses am 28. Februar eingeladen zu werden. Die Versammlung wurde vom Obermeister geleitet. Nach Eröffnung derselben führte Herr Zimmermeister W. S c h e l l e r aus, daß die Innung befristet ist, mit den Gesellen Hand in Hand zu gehen, und daß die Mitglieder der Innung nicht darauf ausgingen, den Lohn zu kürzen; die Verhandlungen dürften jedoch nur mit einem Gesellen-Ausschusse stattfinden, und empfahl deshalb die Innung die Wahl eines solchen. Hierauf verlas der Obermeister das Statut und erklärte, daß jeder himmberichtigte Geselle fünf Namen auf einen Zettel zu schreiben hätte. Aus der Versammlung wurde erwidert, daß das so schnell nicht gehe, die Versammlung müsse doch vor allen Dingen befragt werden, ob sie überhaupt gewillt sei, einen Innungs-Gesellen-Ausschuss zu wählen. In der hierauf folgenden Diskussion bemerkte ein Innungsmeister, „wie ihm schade, wollten die Gesellen keinen Innungs-Ausschuss wählen, sondern den Fachverein als ihre Vertretung anerkennen; dem scheie aber entgegen, daß nur ein Teil der Gesellen dem Fachvereine angehöre.“ Kollege W a u e r s erwiderte dem Sprechern, daß das freilich der Fall sei, der Innung gehöre aber der bei Weitem größte Teil der Arbeitgeber auch nicht an, und trotzdem wolle dieselbe alle n Gesellen, gleichviel ob sie bei Innungsmestern oder Nichtinnungsmestern arbeiten, nicht allein vor sich bringen, sondern ihnen auch Beiträge zur Innung abverlangen. Redner erläuterte die Erfahrungen, die er im vorigen Jahre als Mitglied des Gesellen-Ausschusses gemacht hat, nach welchen er bei Gelegenheit einer Beschwerde als Kläger bezeichnet worden sei, unter der Bezeichnung seines Innungsvorstandes, daß ein Meister glaubwürdiger sei, als ein Geselle. Ein einziger der vom vorigen Gesellen-Ausschusse gewählte Befehlsleute sei abgesetzt worden, und deshalb habe der Ausschuß einfach kein Amt niedergelegt. — Bei der abdam durch „Sammlung“ vorgenommenen Abstimmung lehnten sämtliche anwesenden Gesellen die Wahl eines Innungs-Gesellen-Ausschusses ab, worauf die Versammlung geschlossen wurde. Nechtlich erging es der mit derselben Tagesordnung eine Stunde später in Bremerhaven abgehaltenen Versammlung, zu welcher selbstredend eine große Anzahl der Besucher der in Gesendort abgehaltenen Versammlung sich hinzugegeben hatten. Das war dem Obermeister zu harter Tabak, er erklärte, daß nur die in Bremerhaven wohnhaften Gesellen an der Versammlung theilnehmen dürften, die übrigen mühten das Lokal verlassen. Diejenigen zarten Winkte folgte aber die ganze Versammlung, so daß die Meister Zeit genug hatten, über die „Unbotmäßigkeit der Gesellen“ Betrachtungen anzustellen. — Kollegen in Deutschland! Hierauf ist zu ersehen, daß von den Meistern in Bremerhaven, Gesendort, Westmünde, Lehe auf gütlichem Wege nichts zu erreichen und der Ausbruch eines Streits nicht länger hinzuhalten ist. Wir erjuden Euch dringend, uns in diesem Kampfe beizutreten und den Bezug nach hier strengstens fern zu halten.

**Ottensen.** Eine öffentliche Maurer- und Zimmererverversammlung tagte am 26. Februar in „Karlstrube“. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Lohnfrage. 2. Die Gewerkschaftsbewegung. 3. Ergänzung der Lohnkommission. Nachdem die Bureaufwahl vollzogen war, verlas Herr M e y e r eine von ihm angefertigte Auffstellung über seinen Jahresverdienst im Jahre 1888. Nach derselben war Redner 2129 Stunden und zwar 487 Stunden à 50 Pf. und 1642 à 55 Pf. während des Jahres beschäftigt gewesen, was eine Gesamteinnahme von Mk. 1146.60 ergiebt. Die durch Witterungsverhältnisse sowie Materialmangel verursachte Fetzzeit betrug 563 Stunden. (Nach der auf dem Lohnartik. festgesetzten Arbeitszeit würde ein Maurer, wenn er keine Stunde zu fernem brauch, was wohl aber nie vorkommen wird, im Jahre 2692 Stunden arbeiten können, was bei dem Lohnsage von 55 Pf. pro Stunde eine Einnahme von Mk. 1480.60 ergeben würde.) Die Ausgabe betrug (bei einer Familie von fünf Köpfen): an Nahrung und Feuerung pro Woche Mk. 15 — Mk. 780; für Steuern und Mietege. Mk. 445; für Krankenlohnbeiträge Mk. 27; für Kleidung und sonstige Ausgaben Mk. 146, zusammen Mk. 1398. Zu der oben angegebener Einnahme kommt noch eine Einnahme von Mk. 188 an Rente von einem Einlogier hinzu, so daß die Gesamteinnahme Mk. 1534.60 betrug. Es war also ein Defizit von Mk. 63.40, trotz der gewiß sparsamen Lebensweise, zu verzeichnen. An der Hand dieser Auffstellung wies Redner die Nothwendigkeit einer Lohnhöhung nach, und forderte derselbe die anwesenden Maurer und Zimmerer auf, sich den bestehenden Organisationen anzuschließen, um durch gemeinsames Vorgehen die Lage verbessern zu können. Nach längerer Diskussion wurde die Lohnkommission beauftragt, bei den Meistern um eine Erhöhung des Lohnes auf 60 Pf. pro Stunde vorstellig zu werden und die Nothwendigkeit dieser Erhöhung eingehend darzustellen. Zum zweiten Punkte hielt Herr S i m m e r s a u s Hamburg einen Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung, deren Ziele und bisherigen Erfolge. Als einen Hauptfaktor in der Bewegung bezeichnete Redner die griffige Ausstüßung,

Handwritten notes and signatures in the right margin, including the name 'S. G.' and other illegible scribbles.

welche durch die in den verschiedenen Organisationen gegläubten Bistiftungen, sowie vor Allem durch das Fachorgan „Der Grundstein“ gepflegt werde und...

Am 10. März tagte in den Räumen des Herrn Kurth, Mühlentstraße 27, eine öffentliche Versammlung der Maurer und Zimmerer mit der Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum letzten deutschen Kongress...

Neuhans a. C. Am Sonntag, den 24. Februar, fand hier im Lokale des Herrn Wipow eine öffentliche Versammlung der Maurer und Zimmerer statt. Die Versammlung war nur schwach besucht.

Eingesandt.

Händlerisches Blech trommeln zu hören und zwar nahezu drei Stunden lang, dieser „Genuss“ war mit Kürzlich bescheiden. Ich wohnte der Generalversammlung des „Bereins selbständiger Handwerker für Hannover und Linden“ bei.

sich im Innungskopfe die Welt, wenn ein solcher gerade kein Hypothekopf aus dem „Handwerks-Keller“ des Herrn Viel ist und mit diesem nur den Leeren...

So mußte ich unwillkürlich denken, als in der Generalversammlung Herr Feinze ausrief: „Der Handwerker muß leider heute um das tägliche Brot und die Selbsterhaltung kämpfen, während er als Stütze und Erhalter des Staates geschätzt zu werden verdient.“

Aber was beim Arbeiter mit Recht als die blödeste Dummeit gilt, das darf ein Bäckerkopfe zum Besen geben als großartige „Weisheit“.

„Der Handwerker muß selber kämpfen um's tägliche Brot“ — sprechlich, schredlich, — eine Glänze am Staat!

Und noch einen anderen großen Gedanken ließ Herr Feinze seiner „Ideen-Herberge“ entschlüpfen; der sticte aber auch halb im Bohnenstroh darin.

„Freiwillige Beiträge“ zum Innungs-tribunal zu leisten, hat sich auch der Innungsanspruch der vereinigten Innungen zu Straßburg nicht enthalten können.

„Freiwillige Beiträge“ zum Innungs-tribunal zu leisten, hat sich auch der Innungsanspruch der vereinigten Innungen zu Straßburg nicht enthalten können. Dieser Anspruch war nämlich vertrieben. Zunächst beschloß er die Errichtung eines Innungs-Schiedsgerichts, dem allerdings die Arbeiter durch-

zum Vieren wurde das sogenannte „Schlichter- und Schlichteramt“ mit mächtigen Worten todgeschlagen und schließlich zur großen Ehre der Innung verdrängt.

Zum Siebenten wurde zum Herzbergswesen und zur Gefellen-Legitimierung Folgendes erklärt: „Die Innungsmeister müssen darin einig handeln, daß sie nur solche Gefellen beschäftigen, welche sich sehr verbunden löblicher Auspruch für diesen „Auspruch“ des Innungs-Fanatismus!

nachweisungs-bureau einzurichten ist, anzustreben; alle sibirigen sogenannten Handwerkerbüchsen und Strolche müssen hier zurückgelassen werden.“

Also haben dokumentiert und feierlich verkündet als lauterer Auspruch der Wahrheit- und Gerechtigkeitsliebe im Jahre des Heils 1889 zu Straßburg die sogenannten „Heber des Handwerks“, die Männer vom Ausschusse der Innungen, denen der Gesetzgeber zugemutet hat, „ein geistliches Verhältniß“ zwischen Meister und Gefellen herbeizuführen.

Aus Nürnberg.

Handwerker Nürnberg, aufgepackt! Und auch diejenigen Kollegen, die etwa Lust haben sollten, hierher zu kommen, mögen es merken und lieber nicht kommen!

Während die hiesigen Maurer, Steinhauer, Zimmerer etc. sich seit Jahren anstrengen, durch eine beschlossene Lohnherabsetzung ihre jämmerliche Lage aufzubessern, sollen die Herren Meister von der Innung in ihrer jüngsten Versammlung den geradezu ungläublichen Beschluß gefaßt haben, in diesem Frühjahr einen Lohn-

Die wenig beneidenswerte die Lage der hiesigen Handwerker ist, dafür liefern die häufigen Verhandlungen am gewerblichen Schiedsgericht einen schlagenden Beweis, aber das Innernummerium beschäftigt, noch mehr am Lohn zu zucken, unbesümmert darum, daß ganze Familien dadurch sich die größten Entbehrungen auferlegen müssen.

Aus Straßburg.

„Freiwillige Beiträge“ zum Innungs-tribunal zu leisten, hat sich auch der Innungsanspruch der vereinigten Innungen zu Straßburg nicht enthalten können. Dieser Anspruch war nämlich vertrieben. Zunächst beschloß er die Errichtung eines Innungs-Schiedsgerichts, dem allerdings die Arbeiter durch-

Aus Köln.

Die hiesige Maurer- und Steinmetzmeister-Innung hat selbstverständlich auch ihr Statut. Aber wie andere Körperschaften dieser Art, so sucht auch sie das Statut streng geheim zu halten vor den bösen Gefellen.

Blagen sich nicht beschuldigen. Die Hauptfrage ist: wie man die Innung selbst nicht bewilligt. Es ist ein gewisses Maß an Selbstverwaltung erforderlich. Die Innungen sind nicht nur für die Interessen der Mitglieder, sondern auch für die der Allgemeinheit. Die Innungen müssen sich der Verantwortung bewusst sein, die sie durch ihre Entscheidungen auf sich laden. Die Innungen sind ein Teil der Gesellschaft und müssen sich entsprechend verhalten. Die Innungen sind ein Mittel zur Selbstverwaltung und zur Förderung der Interessen der Mitglieder. Die Innungen sind ein Mittel zur Selbstverwaltung und zur Förderung der Interessen der Mitglieder.

Herbergswang, eine einseitig entworfene und oft kopirte Herbergswang ist ein Eingriff in die persönliche Freiheit der Gesellen. Doch daran lassen sich die Innungen nicht wunden. Das Herbergswesen und damit den Arbeitssack weiß in die Hand zu bekommen. Wodurch die Kollegen allerorts entliehen mit der selbständigen Regelung des Herbergswesens vorgehen!

Der § 36 des Statuts bestimmt, daß für den Fall einer etwaigen Stellen-Ausstattung alle diejenigen in die Gesellenrolle eingetragenen Gesellen wahlberechtigt sind, welche zur Eintragung in die Rollen seit mindestens drei Jahren bei einem Mitgliede der Innung in Arbeit stehen etc. Wählbar sollen nur diejenigen Wahlberechtigten sein, welche das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt haben!

Nicht wahr, das sind doch gewiß sehr gerechte Bestimmungen? Na, freilich! Diejenigen Gesellen, welche mindestens drei Jahre bei einem Meister beschäftigt sind, bilden eine verschwindend kleine Minorität der Gesellenschaft. Diese Gläubigen sind auch gewöhnlich diejenigen, die immer höchst artig und gefällig sind und sich deshalb zur Wahl eines Gesellenauschusses, wie ihn die Meister brauchen können, ganz vorzüglich eignen. Dazu das „Recht der Wählbarkeit“ vom 30. Lebensjahre an! Wie viel Gesellen bleiben da, die „berufen“ sein sollen, den Gesellenauschuss zu bilden? Der Wählbarkeit in die höchste gesetzgebende Körperschaft des Reichs, den Reichstag, ist das vollbrachte 25. Lebensjahr erforderlich. So ein Innungs-Gesellenauschuss das ist freilich ein ungleich „wichtigeres“ Ding, als ein Reichstag; da kann man nicht begreifen, wer unter 30 Jahre alt ist; erst wenn er diese Altersgrenze überschritten hat, ist der Maurer- und Steinergeselle „wählbar“ und „fähig“, das „unvergleichliche“ Amt eines Gesellenauschussesmitgliedes zu bekleiden!

Und auf diese Weise glauben die Innungen ein „gutes Endergebnis“ zwischen sich und den Gesellen zu schaffen? Was doch die liebe Einbildung nicht thut!

**Aus Bremen.**

**Nur immer die Wahrheit schreiben!**

Im Nr. 9 des „Vereinsblatt“ wird unter der Spitzmarke „Vortragsreise des Herrn Kehler“ bezüglich einer von demselben hier abgehaltenen Versammlung gefolgt:

„In Bremen wurde versucht, den tiefen Eindruck, den der Vortrag gemacht, durch Hinzuziehen von Häuflein abzuschwächen, das mißglückte aber an der taubstummen Weigerung des Vortragenden, über Sachen zu reden, die nicht zur Tagesordnung gehören und besser in anfänglicher Form in der Presse erledigt werden.“

Da ich dem „Vereinsblatt“ eine unerhörte Unwahrheit berichtet worden. Ich will deshalb unter Berufung auf das Zeugnis der ganzen Versammlung den Verlauf der Versammlung richtig schildern.

Die Versammlung war einberufen von Seite der Steinmehrer. Mit der Leitung wurden die drei Maurer-Verhrens, Schütten und Weder betraut.

Herr Kehler wollte resistent über „die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation“. Sein Referat aber entsprach durch aus nicht den von verschiednen Seiten gehegten Erwartungen; es befriedigte nicht; jedenfalls genigte es der Tagesordnung nur ganz nebensächlich. Damit Niemand glaubt, daß persönliche Anfechtung gegen Herrn Kehler mich befähigt, will ich bemerken, daß ich dem Streite in der Maurerschaft ganz fern stehe.

Nach dem Referenten betrat der Reichstagsabgeordnete Herr Frohme die Tribüne, um die Tagesordnung zu gründen, als es im Verlaufe einer Stunde nur möglich ist, unter begehrtester Zustimmung der ganzen Versammlung zu erledigen. Herr Frohme hielt sich in seinen Ausführungen strengstens an die Tagesordnung, ohne auf den persönlichen Streit mit Herrn Kehler auch nur mit einer Silbe einzugehen. Ihm kam es erstlich nur darauf an, der Versammlung die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation zur Erkenntnis zu bringen, und das ist ihm auch im vollsten Maße gelungen.

Nach Herrn Frohme sprach Herr Paul aus Hannover. Auch der tug keine „Häuflein“ in die Debatte hinein; er sagte dem Herrn Kehler lebhaftig einige derbe wohlverordnete Wahrheiten! Als Herr Paul u. a. bemerkte: daß „Jemand“ die Petition des Maurerkongresses, betreffend das Koalitionsrecht der Arbeiter, einen „Mumpstisch“ genannt, während er selbst eine Petition gegen die Arbeitsbücher in Umlauf gesetzt und zur Unterzeichnung empfohlen habe, da rief Herr Kehler mit einem höchst unangenehm beruhenden Lachen dazwischen: „Das war auch nur Mumpstisch.“

Auf Herrn Paul folgte Herr Dehme von hier. Dieser ging direkt auf die Frage der Form der Organisation ein, indem er sich im Prinzip für die Centralisation einsetzte.

Nachher ging auch Herr Frohme auf diese Frage ein und zwar wieder in streng objektiver Weise, ohne die Streitigkeiten unter den Maurern auch nur zu verühren. Mit den übergewandten Gründen legte er unter allseitiger Zustimmung dar, daß die Arbeiter sich nicht davon abhalten lassen dürfen, das allseitig als prinzipiell richtig anerkannte System der Centralisation anzunehmen und durchzuführen.

In demselben Sinne sprach nochmals Herr Paul. Herr Kehler hielt sich zur Entgegnung als Referent das „Schlußwort“ vor, was Herr Frohme veranlaßte, zu der von der Versammlung mit freundlicher Zustimmung angenommenen Erklärung: daß er abdam, wenn möglich, in einer neuen Versammlung auf die Angelegenheiten, welche Herr Kehler über die Organisation etwa äußern sollte, antworten werde.

Darauf nahm Herr Kehler das Wort, nicht das „Schlußwort“. Er bewegte sich in allgemeinen Redensarten, die zu dem Pathos, womit sie vorgetragen wurden, sehr schlecht paßten. Er sagte er u. a.: Der

Streit über die Form der Organisation gehöre in die Presse und nicht in Versammlungen! Bei dem Streite um die beste Form der Organisation handelte sich nur um „Reinigkeiten“, die gar keiner Diskussion werth seien, sondern „sich ganz von selbst“ erledigen! Ehe die Versammlung sich noch von ihrem Erkaunen über diese Behauptungen erholen konnte, schloß Herr Kehler mit einem Hoch auf die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter, nahm seinen Hut und verließ die Tribüne! Als dann Herr Frohme das Wort zur Entgegnung erhielt, verließ Herr Kehler den Saal, was theils Enttäuschung, theils Heiterkeit erregte. Wenn der Berichtstatter des „Vereinsblatt“ das eine „taktvolle Weigerung“ des Herrn Kehler nennt, eine Weigerung, über „nicht zur Tagesordnung gehörende“ Sachen zu reden, so kann das jedem Theilnehmer der Versammlung nur ein mittelbares Näseln entlocken. Die Versammlung hat das Benehmen des Herrn Kehler durchaus nicht für ein „taktvolles“, sondern im Gegentheil für ein recht taktloses gehalten, um so mehr, als ja gerade Herr Kehler den Streit um die angeführten „Reinigkeiten“ in der Presse herbeigeführt hat. Die Stellung, welche die Versammlung zu den letzten Ausführungen des Herrn Frohme nahm, hätte Herrn Kehler belehren können, was die Versammlung von seiner „Weigerung“ für eine Ansicht hatte. Der Erfolg des Abends, darüber herrscht bei allen Versammlungsbesuchern nur eine Stimme, war ganz und gar auf Seite des Herrn Frohme. Dessen Ausführungen waren es, die tiefen Eindruck machten, und der mißglückte Versuch einer „Aufschwägung“ dieses Eindrucks ging von Herrn Kehler aus. Das ist die Wahrheit, die ich durch das Zeugnis Hundert anderer erhärten lassen kann.

**Aus Hannover.**

**Die anstrengende Thätigkeit des Maurers.**

Im Anschluß an den eingeleiteten Artikel in Nr. 9 des „Grundstein“, — „Ist die Thätigkeit des Maurers auch eine Arbeit?“ — will ich hier den Kollegen eine Rechnung unterbreiten, damit sie dieser thörichten Ansicht, welche, beiläufig bemerkt, nicht nur in den sogenannten gebildeten Kreisen, sondern auch häufig in der Arbeiterschaft auftaucht, entgegen treten können.

Nehmen wir an, ein Bau, zu dem 500 000 Steine mit inneren Wänden und Gewölben gebraucht werden, das bis zur Rohbauabnahme 10 Wochen oder 60 Arbeitstage à 10 Stunden gedauert, in der Zeit haben 10 Gesellen daran gearbeitet, so ergibt die Arbeitszeit 60 x 10 x 10 = 6000 Arbeitsstunden; dividiren wir nun weiter 6000 Stunden ein in 500 000 Steine, so ergibt das pro Stunde 83 1/3 Steine oder in zehnstündiger Arbeitszeit 833 1/3 Steine à Geselle. Betrachten wir uns nun die Gewichtsmenge, welche in den Steinen liegt, so wiegt ein Maurerkorn durchschnittlich 6 Pfund, also 6 x 833 1/3 = 5000 Pfund. Ein Kubel mauerfertiger Kalk wiegt 150 Pfund, mit einem Kubel Kalk vermauert man 90 Steine, man braucht also 9/10 Kubel Kalk im Gewicht von 1387 1/2 Pfund. Rechnen wir nun die angeführten Gewichtszahlen zusammen, so ergibt das Verhältniß 5000 + 1387 1/2 = 6387 1/2 Pfund oder 63 Centner 87 1/2 Pfund. Diese Gewichtsmenge muß ein Maurer fast durchschnittlich jeden Tag bewältigen, und das oft bei einer Temperatur im Sommer von 25–30° über Null. Bedeutet man nun noch, daß er sich über 1000mal dabei beugen muß, also eine Körperperfection annimmt, bei welcher besonders die Wirbelsäule in starke Anstrengung gezogen wird, was wiederum ein krankes Anspannen der Beinnerven, auf die er sich hauptsächlich verlassen muß, zur Folge hat, so ist wohl daraus zu ersehen, daß Maurern gewiß eine Arbeit ist.

Es ist hier noch gar nicht in Betracht gezogen, daß der Maurer außerdem noch mit schweren Brettern und Gerüstbäumen beim Sielagenden sich herumplacken muß, was ebenfalls eine anstrengende Thätigkeit ist, namentlich wenn man wie ein Seiltänzer auf den Hinderbäumen herumbalanciren muß. Wenn diese Thätigkeit für einen gesunden Menschen kein anstrengendes ist, um wie viel anstrengender ist sie wohl für einen Menschen, der durch Sturz sich einen Rippenbruch oder Nüchterschaden zugezogen hat, wodurch das fortwährende Gefühl zurückgeblieben ist, als hätte er einen sogenannten „Hengschuß“. Wenn man nun hören muß, — „na, so einen Stein und ein Wischen Kalk aufsetzen, das ist doch keine Arbeit?“ — so klingt das wie der reine Hohn, den man den Arbeitern entgegenzubringen. Es wäre wahrlich angebracht, wenn sich ein „Kluger“ Arzt, der sein Gutachten abgeben soll, erst mal ein paar Tage an einen 2/3 Stein harken Sielag zwischen zwei handfeste Gesellen gestellt würde und hinter sich einen Badler setzen hätte, der immer „Sch nur hoch“ rief, dann würde er bald erfahren, ob „Maurern eine Arbeit“ sei.

Außerdem ist noch in Betracht zu ziehen, daß ein Maurer seine Arbeit auch gut machen muß, daß er sie nicht verpflückt; er trägt die Verantwortung dafür, was aber bei manchem Arzt nicht der Fall ist; wenn da die „Arbeit“ verpflückt ist, dann heißt es: „Nach Gottes unvorhersehlichem Rathschluß“ usw., hinterher wird Erbe darauf gedeckt, und Alles ist gut gemacht.

Die Kollegen möchte ich aber hiermit ermahnen, sich mehr den bestehenden Organisationen anzuschließen, nur dadurch werden etwaige Krebsgeschäden, welche sich innerlich unseres Verwesens zeigen, an die Öffentlichkeit gezogen, und die Mittel und Wege können beraten werden, wie die Krebsgeschäden zu beseitigen sind. Die gefälligen Auswüchse, womach man uns Arbeiter nicht als gleichberechtigten Stand erachtet, können nur durch ein Radikalmittel beseitigt werden, und das ist die gewerkschaftliche Organisation. Befürchtet das und handelt danach, Wodurch die Zeit des „Grundstein“ mehr für die weitere Verbreitung dieses Blattes eintraten, unabhäßig agiren, damit in Verbindung mit der Organisation mehr Unterstützung in die betheiligten Kreise hineingetragen wird.

Albert Paul.

**Griffkasten.**

Der Abonnent Knoll, jetzt St. Pauli, Kasianienallee, wohnhaft, wird um nochmalige Angabe seiner Adresse gebeten, indem durch ein Versehen die betreffende Postkarte mit anderen Stichturen vermischt worden ist.

Utersten, C. G. Einen Ort Namens Berlin giebt es unseres Wissens nach nicht, dagegen giebt es zwei Dörfer Namens Berni. Eins derselben liegt in Pommern, Poststation D e g o w, das zweite in Mecklenburg-Schwerin, Poststation B a r n o w i. M.

Ottensen, W. Ihre Aufmerksamkeit stimmt nicht; rechnen Sie nur noch einmal nach.

Ulber, R. Den Abdruck des Festgebüchtes konnten wir Raum-mangels halber leider nicht bringen; dasselbe nimmt beinahe eine volle Spalte ein; bei dem letzten Andränge von Berichten mußten wir sehr haushälterisch mit dem zur Verfügung stehenden Raume umgehen.

Dresden, B. Zu spät eingetroffen. Nächste Nummer. Stabe, S. und Bungen, W. Bezüglich Ihrer Anfrage verweise ich Sie auf den in nächster Nummer unseres Blattes erscheinenden Artikel: „Sammlung und Erhebung von Geldern für gewerkschaftliche Zwecke“.

**Anzeigen.**

**An die verehrlichen Verbreiter und Einzelabonnenten dieses Blattes.**

Hiermit ersuchen wir diejenigen Verbreiter des „Grundstein“, welche noch Abonnementsbeträge für das dritte und vierte Quartal 1888 restituiren, sowie diejenigen Einzelabonnenten, welche den Betrag für das erste Quartal 1889 bisher nicht beglichen haben, ihren Verpflichtungen bis spätestens den 20. März nachzukommen, widrigenfalls die betreffenden Namen mit Anführung der Restbeträge auf dem Kongresse in Halle a. S. veröffentlicht werden. Mit Gruß

Die Expedition des „Grundstein“.

**An die zum sechsten deutschen Maurerkongress gewählten Delegirten.**

Laut Mittheilung seitens des Herrn Schöffel beabsichtigen die Kollegen in Halle a. S. am Sonntag, den 24. März, zu Ehren der Kongressdelegirten eine Festlichkeit zu veranstalten. Es werden daher alle Theilnehmer am Kongresse von den Hallenser Kollegen freundlichst ersucht, die Reise nach Halle so zeitig zu unternehmen, daß sie das Fest besuchen können.

Mit Gruß Die Redaktion und Expedition des „Grundstein“.

**Unsere werthen Korrespondenten.**

Während des Kongresses, also vom 23. bis 27. März, sind sämtliche für die Redaktion des „Grundstein“, sowie für die Agitationskommission bestimmten Briefe an Herrn Stanningt, Halle a. S., Wrißburg Str. 48, zu adressiren.

**Central-Krankenhaus der Maurer, Steinbauer, Gips- und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“**

(E. G. Nr. 7. Sitz: Altona)

In der Woche vom 3. bis 9. März sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M 500, Steinbeek 100, Summa M 600.

Zufüsse erhielten die örtliche Verwaltung in Altona, M 100, Rangig 75, Stuttgart 500; Geislich 200, Dresden 200, G. Westheim 100, Cannstatt 60, Dortmund 50, Dauter a. Wg. 30, Schierstein, 80, Mainz 60, Fischbach 100, Potsdam 200, Ditzing 100, Altona 400, Dittenen 100, Lagerstedt 60, Pantow 50, D. Wilmersdorf 50, Summa M 2315.

Altona, den 10. März 1889.

C. Reiß, Hauptkassirer.

Friedrichsbadstraße Nr. 32, Haus 7.

**Abonnements-Drittung.**

Für das dritte Quartal 1888: Hannover, S., M 11.70.

Für das vierte Quartal 1888: Hannover, S., M 103.55.

Für das erste Quartal 1889: Altona, M. 1.40; Grewesmähen, W. 4.50; Dresden, M. M 1.80; Friedland, M. 3.15; Mienburg, W. 19.20; Neudorf, S. 5.15; Wilmersburg, W. 2.40; do., G. 1.40.

**Literarisches.**

Soeben ist erschienen das 15. und 16. Heft von der „Französischen Revolution“. Vollständige Darstellung der Ereignisse und Zustände in Frankreich von 1789–1804. Von Wilhelm Bloß. Mit vielen Porträts und historischen Bildern. (Stuttgart, Dietz.)

Verlag von F. Stanningt, Hamburg. Druck von J. F. W. Dietz, Hamburg.